

2 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXVIII. GP

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (1 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (Smartphoneverbot-Gesetz)

Griechenland, Italien und Ungarn haben vor Kurzem ein Verbot von Smartphones an Schulen eingeführt. Auch in Österreich wird schon seit längerem über die Risiken der dauernden Nutzung von Smartphones durch Kinder und Jugendliche diskutiert. Ein besonderes Problem stellt der Einfluss von sozialen Netzwerken auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und die andauernde Nutzung von Messenger-Apps in der Schule dar.

Zum Schutz der Schüler:innen schlägt die Bundesregierung daher die Einführung eines umfassenden Verbots von Smartphones, Smartwatches und ähnlichen Geräten im Schulbereich vor. Diese Maßnahme soll umfassend gelten. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Regelung soll es bei Verstößen gegen das Verbot auch strenge Disziplinarmaßnahmen geben.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 29. November 2024 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung legten die Klubs ausführlich ihre Standpunkte dar und kritisierten die Herangehensweise der Bundesregierung stark.

Im zweiten Teil der Sitzung präsentierten Klub Orange und Klub Weiß einen umfassenden Abänderungsantrag. Anstelle eines gänzlichen Verbots soll die Nutzung von Smartphones und anderen digitalen Endgeräten angepasst an die Schulstufen 1-4, 5-8 und 9-13 geregelt werden. Dabei soll ab der 5. Schulstufe eine verantwortliche Nutzung durch die Schüler:innen im Vordergrund stehen. Aus diesem Grund soll es auch keine strengen Disziplinarmaßnahmen geben, da diese nur wenig Wirkung zeigen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Noris **Reindl**, Alicia **Krenninger**, Daniela **Ortner**, Niki **Winter**, Annabel **Seidl**, Isabella **Forsthuber**, Louise **Lex**, Jin **Hongyu**, Ciara **Nussbaumer**, Lucilla **Noris**, Janik **Haslinger** und Jana **Zimmerbauer** sowie die Ausschussobfrau Mag.^a Laura **Käfer**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des Abänderungsantrages der **Klubs Orange** und **Weiß** einstimmig beschlossen.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Janik **Haslinger** gewählt.

Wien, 2024 11 29

Janik Haslinger

Berichterstatter

Mag.^a Laura Käfer

Obfrau